



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Gegen die Arbeitslosigkeit. (III.) — Disziplin, Solidarität und die Würde der Frauen. — Feuilleton: Etwas vom Papier. (VI.) — Dienstbeschädigung und Reiserbitten. — Korrespondenzen (Braunschweig, Dresden, Hannover, Stuttgart). — Briefkasten. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen. — Beilage: Berufsberatung. (III.) — Rundschau.

Für die Woche vom 12. bis 18. Oktober lit die Beitragsmarke in das mit 42 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Die Tarifbewegung in Wiesbaden hat zum Ausfall der Kollegenchaft in einigen Betrieben geführt. Zugang von Buchdruck-Hilfspersonal nach Wiesbaden ist daher streng fernzuhalten. Auf der Reise befindliche Mitglieder haben den Ort zu meiden. Reiseunterstützung wird während der Dauer der Bewegung in Wiesbaden nicht gezahlt.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

III.

Bei dem ständigen Anwachsen der Arbeitslosigkeit wird die Frage nach den Mitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen von immer weiteren Kreisen des Volkes aufgenommen. Dabei zeigt es sich nun zumeist, daß die bürgerlichen Kreise und Klassen es an der nötigen Objektivität und Sachkenntnis vermissen lassen: nach den verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Interessen fällt die Stellungnahme ganz verschieden aus. In den Kreisen der Handwerker überwiegt die Meinung, der Arbeitslosigkeit durch Beschaffung kommunaler Arbeitsgelegenheit entgegenzuwirken; die Industriellen sehen am liebsten die Arbeiter sich selbst überlassen und erblicken in der sozialpolitischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Herabminderung des Verantwortungsfühlens der Arbeiter; die Agrarier aber verweisen auf die in der Landwirtschaft herrschende Leutenot, die den Arbeitslosen der Industriearbeiterchaft am ehesten Gelegenheit gebe, Abhilfe zu schaffen. Dieser Standpunkt der Landwirte kommt auch in einer Kundgebung des Landeslandkulturrats für das Königreich Sachsen zur Geltung. In der Kundgebung heißt es unter anderem:

„Die Zahl der männlichen und weiblichen Stellensuchenden zeigt eine bedeutende Zunahme, die Zahl der offenen Stellen dagegen eine wesentliche Abnahme. Während im Juli 1912 auf 100 offene Stellen noch 102,3 männliche Stellensuchende kamen, kommen im gleichen Monat des Jahres 1913 auf 100 offene Stellen 133,4 männliche Bewerber. Das gleiche Verhältnis besteht auch bei

den weiblichen Stellensuchenden. Es kamen da im Juli 1912 auf 100 offene Stellen 90,1 Bewerberinnen, im Juli 1913 dagegen 107,6. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes zeigt sich noch am stärksten in den Großstädten, und von diesen wieder dort, wo die Industrie eine hervorragende Stellung einnimmt, z. B. in Chemnitz, Plauen i. V. und Leipzig. Der Grund für dieselbe ist in dem anhaltend schlechten Geschäftsgang von Handel und Industrie zu suchen, der durch die unruhige politische Lage und die dadurch verringerte Kaufkraft, besonders des Auslands, bedingt ist. . . . Hand in Hand mit diesem Rückgang geht auch ein solcher im Baugewerbe, so daß auch dort Arbeitskräfte frei werden, resp. frei geworden sind, die nun den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen. Ob durch Notstandsarbeiten der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann, ist zum mindesten fraglich, zumal ja doch nur ein Teil der Arbeitslosen Beschäftigung finden kann. . . . Während in den Industriegebieten und den Großstädten der Kampf um das tägliche Brot und Verdienst aus den angeführten Gründen immer härter und aussichtsloser wird, leidet die Landwirtschaft an schwerem Arbeitermangel und bietet jedem Arbeitswilligen gute, gesunde und dauernde (?) Beschäftigung.“

Mit solchen Ausführungen und Ratsschlägen wird nun keineswegs der Arbeitslosigkeit wirksam entgegengetrieben, es wird damit vielmehr die Zerkümmertheit, Unkenntnis und Hilflosigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, die sich in den eigenen Verhältnissen nicht auskennt, bargetan. Recht bemerkenswert ist von dieser Seite der Hinweis, daß der Existenzkampf der Industriearbeiterchaft „immer härter und aussichtsloser“ wird. Sonst heißt es doch immer: unsere bewährte Wirtschaftspolitik hat vermehrte Arbeitsgelegenheit und steigenden Wohlstand auch für die Arbeiterchaft im Gefolge gehabt! Den Vertretern der Arbeiterinteressen aber wurde, sobald sie die Tatsache des immer härteren und aussichtsloseren Existenzkampfes der Arbeiterklasse als Folge der regellosen Produktion und der agrarischen Wirtschaftspolitik brandmarkten, entgegengehalten und unterstellt, daß sie Unzufriedenheit und Begehrlichkeit unter die Bevölkerung trage, um damit die Gegensätze zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden zu verschärfen. Nun aber kann man von dieser bürgerlichen Seite auch einmal erfahren, daß die Behauptungen der organisierten Arbeiterchaft durchaus begründet sind. Nur soll daran die Arbeitslosigkeit schuld sein. Es gehört aber zum Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, daß die Arbeitslosigkeit eine ständige Gefahr für die Arbeiterchaft bildet — auch in den Zeiten sehr guten Geschäftsganges. Sollen aber die arbeitlos gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen gleich zur Landwirtschaft übergehen, obwohl sie Aussicht haben, ihre erworbenen Fähigkeiten anderweit in der Industrie zu verwerten? Oder, wenn das nicht gemeint ist, sollen dann die Arbeitslosen bei eintretenden Wirtschaftskrisen aufs Land hinausziehen, um sich den glänzenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Landarbeiter anzupassen? Was wird dann aber aus der weiteren wirtschaftlichen

und industriellen Entwicklung des Reiches? Der Industrie werden Arbeitskräfte entzogen, deren sie dringend bedarf, die sie nur vorübergehend nicht beschäftigen kann, weil es wieder einmal zu Absatzstörungen gekommen ist. Der Krise folgt wieder ein Aufschwung — und dann fehlen die Arbeitskräfte. Mit dem Vorschlag, den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit auf dem Lande zu geben, würde alsdann entweder ein Rückgang der industriellen Entwicklung oder aber ein vermehrter Zugang ausländischer Arbeitskräfte herbeigeführt werden. Dabei ist der Umstand, daß ein sehr großer Teil der industriellen Arbeiterchaft für die schwere landwirtschaftliche Arbeit untauglich ist, gar nicht in Betracht gezogen. Dazu kommt, daß die industrielle Arbeiterchaft nicht geneigt ist, mit den oft fragwürdigen Verhältnissen der Landarbeiter zu tauschen und einen Rückschritt in sozialer und kultureller Hinsicht mitzumachen.

Kommt aber jetzt im Bürgertum doch die Erkenntnis zum Durchbruch, daß der Existenzkampf der industriellen Arbeiterchaft „immer härter und aussichtsloser“ wird, so mag es sich auch zu der logischen Folgerung entschließen, der Arbeiterchaft den Existenzkampf möglichst zu erleichtern und die berechtigten Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. Zeigt es sich doch gerade bei der Frage der Arbeitslosigkeit, daß das Los der arbeitenden Klassen aufs engste verknüpft ist mit der Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens. So ist es eine soziale Pflicht der Gesellschaft, für die Behebung der Arbeitslosennot besondere Aufwendungen zu machen, wird doch auch durch die Arbeitslosigkeit besonders in den Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes die Gesamtheit bedroht; die Vergehen und Verbrechen mehren sich, die Armenlasten wachsen und die verminderte Kaufkraft großer Volksteile schädigt Gewerbe und Industrie. Da die Ursache der Arbeitslosigkeit in den Absatzstörungen und der regellosen Produktion der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu suchen ist, so würde ihr am besten mit einer Reorganisation der Gütererzeugung und Güterverteilung zu begegnen sein, die ihren Ausgangspunkt von der Bergesellschaftlichkeit der Produktionsmittel zu nehmen hätte. Auf diese Entwicklung arbeitet denn auch nicht nur die moderne Arbeiterbewegung, sondern auch die „großindustrielle Bergesellschaftlichkeit“ selbst hin — doch kommt diese Erlösung von den unregelmäßigen und unsozialen Verhältnissen der kapitalistischen Produktionsweise nicht von heute auf morgen, so daß der brennenden Frage der Arbeitslosenfürsorge damit fürs erste nicht gebient ist. Deshalb stellen die Arbeiter die Forderung auf, daß die Gesamtheit, Kommunen und Staat, für die Arbeitslosenfürsorge energisch eintreten und daß vor allem auch die Unternehmer zur Tragung der Lasten herangezogen werden. Mit der kommunalen Arbeitslosenfürsorge ist ein bedeutender Schritt getan worden, und besonders die nach dem Center System arbeitende kommunale Arbeitslosenfürsorge beweist die Nichtigkeit und Durchführbarkeit der Arbeiterforderungen. Auf der diesjährigen Generalversammlung der Internationalen Gesellschaft zur Bekämpfung der

Arbeitslosigkeit, die vom 4. bis 6. September in Genf tagte, trat der Präsident der Genfer Arbeitslosenklasse mit bedeutenden Mitteilungen über die günstige soziale Wirkung der Arbeitslosenversicherung unter Anlehnung an die Organisationen der Arbeiter hervor. So führte er aus:

„Der Genfer Arbeitslosenfonds wurde am 29. Oktober 1900 auf Grund eines Ratbeschlusses ins Leben gerufen. Er ist auf dem Prinzip aufgebaut, die Arbeiter und Angehörigen jenseits und Geschlechts anzuregen, sich selbst gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu versichern. Die Stadt Genf zahlt zu Beiträgen, die sich die Betroffenen für den Fall der Arbeitslosigkeit gesichert haben, ungefähr 50 Prozent als Zuschuß. Gegenwärtig ist der Genfer Arbeitslosenfonds auf 45 Vereinigungen mit 20 000 Mitgliedern ausgedehnt. Die Stadt Genf gibt regelmäßig 30 000 Franken für die gewöhnlichen Ausgaben in die Kasse und 5000 Franken für eine Reservekasse, die für die Perioden der wirtschaftlichen Krisen bestimmt ist. . . Auch im Auslande, so in Deutschland, in Holland, in Frankreich, in Italien, in der Schweiz und besonders in Norwegen und Dänemark ist das Genfer System der Arbeitslosenfürsorge in vielen Städten in Anwendung gebracht worden. In der Hauptsache stellt sich das System der Genfer Arbeitslosenfürsorge als ein städtischer Zuschuß zu gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen dar. Und die Erfolge, die die Stadt Genf damit in moralischer wie wirtschaftlicher und sozialer Beziehung erreicht hat, sind geradezu verblüffend. Die Stadt Genf hat mit der Gründung ihrer Arbeitslosenklasse nicht so sehr eine Unterstützung gegen das Elend der Arbeitslosigkeit gewollt, sie hat vielmehr in den der Arbeitslosigkeit am meisten ausgesetzten Kreisen der Arbeiter den Wunsch nach einem unabhängigen und gesunden Leben erwecken (!) und die Arbeiter davon abbringen wollen, immer und immer wieder die öffentliche und private Wohltätigkeit anzurufen. Und die Stadt hat sich in der Wirkung ihrer Maßnahmen nicht getäuscht. Die Zahl der Almosenempfänger hat sich vom Tage der Gründung der Arbeitslosenklasse an fortgesetzt vermindert. Sie betrug im Jahre 1900 5875 Personen und im Jahre 1912 nur noch 3158; das ist, wenn man die natürliche Bevölkerungszunahme in Betracht zieht, eine Verminderung von rund 50 Prozent. Auch die Zahl der vagierenden Personen, die auf Anordnung der Stadt in Armen- und Arbeitshäuser eingewiesen wurden, hat sich stark, nämlich um 24 Prozent, vermindert. Dagegen hat sich von

1902 bis zum Jahre 1912 die Zahl der Genfer Arbeiter, die für die Zeit der Arbeitslosigkeit vorgesorgt haben, um rund 100 Prozent erhöht.“

In den weiteren Ausführungen konnte noch darauf hingewiesen werden, daß sich auch die Zahl der Arbeitslosen und die Dauer der Arbeitslosigkeit vermindert hat. Es unterliegt demnach keinem Zweifel mehr, daß nur auf diesem Wege innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nachhaltige Abhilfe geschaffen werden kann, die ihre konsequenteste Fortführung in der gesetzlichen Regelung unter völliger Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen als Versicherungsträger findet. Aber davon eben wollen die Scharfmacher und Gewerkschaftsfeinde nichts wissen. Die Arbeiterschaft soll weder den „Wunsch nach einem unabhängigen und gesunden Leben“ betätigen, noch sollen die Gewerkschaften eine staatliche Anerkennung und Unterstützung erfahren. Dazu kommt noch die Abneigung der Unternehmer und Besitzenden, zu den Kosten einer gesetzlich geregelten Arbeitslosenversicherung beizutragen. An alledem mag die Arbeiterschaft erkennen, wie notwendig ein fester Zusammenschluß und ein unablässiger Kampf gegen die Reaktion und für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist.

Disziplin, Solidarität und die Würde der Frauen.

Sage mir, wie du von der Frau denkst und ich sage dir, wer du bist.

Do de I.

Der Artikel über „Die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Disziplin“ in Nr. 38 der „Solidarität“ drückt mir ebenfalls die Feder in die Hand, um nicht nur dem Schreiber meine volle Sympathie und Uebereinstimmung mit seinen Ausführungen auszudrücken, sondern auch noch weiter diese Materie kritisch zu beleuchten.

Es ist ganz richtig gesagt, daß jegliche Macht nach außen gegenüber dem Gegner und den noch nicht gewerkschaftlich gefestigten Massen verloren gehen muß, wenn die Disziplin untergraben bzw. durchbrochen wird. Doch wenn wir auf die Grundursachen des Disziplinbruchs der Hamburger im besonderen und dergleichen im allgemeinen näher eingehen wollen, so müssen wir uns geteuen, daß diese Ursachen in dem Mangel wahrer Interessen der Massen an ihrer Organisationen zu suchen sind. Wie viele, die in unsere Reihen treten, haben wohl die wahren und eigentlichen Bedingungen erfaßt, die unbedingt notwendig sind, um die

Interessen des ganzen Standes mit wahren und fördern zu helfen? Meistens sind es die Unterstützungsrichtungen der Organisationen, die das eigentliche Lochnittel bilden, um die Massen der Egoisten in unser Lager herüberzuziehen. „Was belomme ich denn für Unterstützungen?“ ist oft die erste Frage dieser Kollegen. Andere wieder treten ein, weil es so Usus in dem Geschäft ist, wo sie gerade beschäftigt sind, und sich nicht immer wieder den ewigen Fragen, ob sie Organisierte sind, aussetzen wollen. Aber aus wahren, reinen Idealismus, aus Liebe zur Sache des arbeitenden Volkes und um beizutragen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen kommen die wenigsten. Doch das liegt ja in der menschlichen Selbstsucht nur zu wohl begründet und es bedarf daher der unermühten Belehrung in Wort und Schrift durch unsere berufenen Führer, damit die wahren und eigentlichen Ziele jeder gewerkschaftlichen Organisation in den Vordergrund gedrängt werden. Wenn erst der Grundgedanke der organisatorischen Ziele, die Befreiung der arbeitenden Klassen vom Joche des Kapitalismus und die Erringung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Herzen aller Organisierten gebrungen sein wird, dann wird es auch ein leichtes sein, die Massen im Zaum zu halten und sie zu disziplinieren.

Daß mit demselben Augenblicke, wo die Massen in völliger Uebereinstimmung leben über den Selbstzweck ihrer Organisation, auch das gegenseitige Verhältnis ein anderes, besseres werden wird, darüber kann kein Zweifel bestehen. Wie viel uns noch eigentlich allen fehlt an aufrichtig geübter Solidarität, die in völliger Selbstlosigkeit, ja unter Umständen auch in völliger Aufopferung der eigenen Person für den Kollegen im einzelnen als für die Sache im allgemeinen geübt werden muß, das lehren uns in beschämender Weise oft alltägliche Vorkommnisse des Lebens! — Wie gar manchmal mußten wir schon erleben, daß bei Differenzen zwischen Vorgesetzten und Kollegen oder Mitarbeitern hämisch sich die eigenen Arbeitsgenossen freuten, weil der eine es einmal „tückig gesteckt“ bekommen hat, obwohl man im Grunde seines Herzens ohne weiteres dem Kollegen doch eigentlich recht geben mußte. — Wie oft hört man von unseren gelehrten Mitarbeitern den geringfügigen Ausspruch: „Vergleiche euch doch nicht mit uns“ oder „Das geht uns nichts an, ihr seid ja nur Hilfsarbeiter“. — So, verehrte Klassen-genossen, das geht euch nichts an, wenn ein

Etwas vom Papier.

Von T. H. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

VI.

Der Holzschnitt liefert, selbst mit Zusatz von Lumpenfaser, immer nur ein geringwertiges Papier, das dem Haberpapier nicht nur äußerlich an Glätte und Schönheit nachsteht, sondern auch viel weniger fest und dauerhaft ist wie jenes. Die Holzfasern werden nämlich unter dem Einfluß des Sonnenlichtes allmählich zerstört, wobei sie sich gelb färbt. Das Vergilben tritt bei Holzpapier viel schneller ein und erfolgt auch hier viel intensiver als beim Haberpapier. Während Bücher, Schriften, Dokumente usw. aus Haberpapier nicht nur Jahrzehnte, sondern sogar Jahrhunderte hindurch halten, haben beispielsweise die aus Holzpapier gedruckten Zeitungen nur eine Lebensdauer von einigen Jahren oder, bei sorgfältigster Konservierung, von höchstens einigen Jahrzehnten und sind nach dieser Zeit mit Sicherheit der völligen Zerstörung verfallen, ohne daß es der Wissenschaft bisher möglich gewesen wäre, geeignete Konservierungsmethoden zu erfinden, durch welche die Zerstörung des Holzpapiers und damit die Vernichtung der ungeheuren Summe geistiger Arbeit, die auf solchen, etwa in den Zeitungen, niedergelegt ist, verhindert oder wenigstens für längere Zeit aufgehalten werden könnte. Ein ungleich wertvolleres Material als der Holzschnitt liefert die Holzzellulose, d. i. der reine Holzstoff, der von dem gewöhnlichen Holz und ebenso auch dem Holzschnitt

anhaftenden intrustierenden Substanz, dem Lignin, befreit ist. Das Lignin ist es in erster Linie, das die Steifheit, geringe Verflüchtbarkeit und ebenso auch die leichte Vergänglichkeit der gewöhnlichen Holzfasern verursacht, während der von dem Lignin befreite Zellstoff ein sehr weiches, geschmeidiges und vor allem auch gut verflüchtbares Material darstellt, das, wenn es auch nicht so wertvoll wie die Lumpenfaser ist, so doch ebenfalls einen ausgezeichneten Faserstoff abgibt und an Wert und Verwendungsfähigkeit für die Papierfabrikation weit über dem Holzschnitt steht. Die Zellulose wird durch Kochen des Holzes in Natronlauge oder in schwefliger Säure gewonnen, wobei sich das Lignin auflöst und von der Zellulose durch Auswaschen getrennt werden kann. Das Zellulosepapier ist also ein viel besseres Papier als das gewöhnliche Holzpapier und darf mit diesem nicht verwechselt werden, wenn es auch ebenso wie dieses aus Holz als Ausgangsmaterial hergestellt wird. Der einzige Nachteil, den die Zellulose gegenüber dem Holzpapier aufweist, besteht darin, daß es ganz wesentlich teurer ist als dieses, ein Umstand, der allein es verhindert, daß wir nicht auch für den Zeitungsdruk Zellulosepapier verwenden. Eine teilweise Zerstörung des Lignins wird auch schon durch Dämpfen des Holzes bei hoher Temperatur erreicht, ein Verfahren, das viel billiger ist als die Zellulosegewinnung durch Kochen des Holzes mit Lauge oder Säure. Solcher Art gedämpftes Holz ergibt also ebenfalls nahezu reinen Zellstoff, der ein gutes und sehr verflüchtbares Fasermaterial liefert, jedoch braun gefärbt ist, sich auch nicht oder nur sehr schwer und wenig bleichen

läßt und daher zu weissem Druck- oder Schreibpapier nicht verarbeitet werden kann, dagegen als geschäftliches Material zur Herstellung von Packpapier und Pappe, besonders der sogenannten Lederpappe, dient.

Ein noch geringwertigeres Papier als das Holzpapier ist das Strohpapier, dessen Erfindung übrigens erheblich älteren Datums als diejenige des Holzpapiers ist und das schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts in Deutschland wie auch anderwärts hergestellt worden sein soll. Um aus Stroh Fasermaterial herzustellen, wird es auf Schneidemaschinen zu einer Art Häcksel geschnitten, dann mit Kalkmilch gekocht, gewaschen und auf der Koftermühle oder im Holländer klein gemahlen und dann wie anderses Ganzganz weiter verarbeitet. Der Strohstoff wird hauptsächlich zu Packpapier verarbeitet, das zumeist die strohgelbe Farbe beibehalten hat und schon dadurch seine Herkunft verrät. Ein wesentlich besseres Papier als aus Stroh wird aus *E. p. arto*, einer in Spanien und Nordafrika in großen Mengen wachsenden hohen Graspflanze gewonnen, die schon im Altertum zu den verschiedensten Zwecken verwandt wurde. Diese Pflanze ergibt eine wesentlich feinere, längere und wertvollere Faser als Stroh und wird zwar nicht in Deutschland, wohl aber in England und den englischen Kolonien in großem Maßstabe zu geringeren Schreibpapieren, guten Packpapieren und des Weiteren auch zu — Kofettpapier verarbeitet. In Nordamerika wird auch das Schilfrohr, das dort in den südlicheren und sumpfigen Gegenden in ungeheuren Mengen wächst, zu Papier, ebenfalls besonders zu Packpapier, ver-

Arbeitsgenosse in ungerechter Weise behandelt wird? Wo bleibt da die Solidarität? Kennt ihr nicht den Mahnruf, den Karl Marx geprägt hat: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ Die Solidarität, die Einigkeit ist es, die uns zusammenschließen muß, die uns lehren soll, das eigene Ich nicht immer in den Vordergrund zu stellen, sondern auch des Arbeitsgenossen Leiden und Nöten zu begreifen und zu verstehen, ihm selbstlos auch im gewerblichen Leben zu helfen!

Aber wie kann man von uns Frauen je selbstlose Aufopferung verlangen, wenn wir sehen müssen, wie unwürdig wir — um es gerade heraus zu sagen — oft von unseren männlichen Arbeitskollegen behandelt werden. — Für die meisten und leider gerade oft für die intelligenten sind wir hier bloß „Weiber“. Wie soll aber die Solidarität und Disziplin in unseren Herzen Raum fassen, wie sollen wir uns für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse begeistern können, wenn wir sehen müssen, daß die eigenen Klassen Genossen uns verächtlich über die Schultern ansehen. Wie sollen wir im nächsten Augenblick wieder verstehen können, daß wir vollwertige Mitglieder des Verbandes sind mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten? Wenn unsere männlichen Verbandsgenossen uns zu überzeugungstreuen Kämpfern für unsere gerechte Sache machen wollen, dann mögen sie vor allem uns auch unsere Menschenwürde lassen und uns eine Behandlung zuteil werden lassen, die nicht an die Hörigkeit früherer Jahrhunderte, wo das Weib die Sklavine des Mannes war, erinnert. Wie viel bleibt da noch zu bessern! Gedankenlos, weil es so überkommene Regel all die Jahre her ist, ruft der junge, kaum der Lehre entwachsene Maschinenmeister die Anlegerin beim Vornamen, obwohl diese im Alter vielleicht seine Großmutter sein könnte. Die verheiratete Frau wird ohne weiteres von den Arbeitsgenossen ebenfalls beim Vornamen gerufen. Hat denn noch keiner dieser Genossen daran gedacht, wie peinlich es ihn berühren würde, müßte er hören, daß seine Mutter oder Frau von weit jüngeren Personen mit dem Vornamen gerufen oder gar mit „Du“ angeredet wird, wie das in vielen, vielen Fällen geschieht! Ist das nicht des Nachdenkens wert, wenn man sonst als „überzeugungstreuer“ Arbeiter gelten will und seine eigenen Klassen Genossinnen in der niedrigsten Weise behandelt, von denen man aber im nächsten Augenblick verlangt, daß sie im Ernstfalle volle Solidarität üben sollen! Gewiß, es ist die Folge einer jahrtausendelangen Unter-

drückung des weiblichen Geschlechts und nicht von heute auf morgen zu ändern! Aber jeder organisierte Arbeiter, der auf seine eigene Menschenwürde hält, sollte dazu beitragen, diesen unwürdigen Zuständen in den Arbeitsstätten ein Ende zu machen und uns die Achtung zuteil werden lassen, die uns als Menschen im allgemeinen und als organisierte und überzeugungstreue Klassen Genossinnen im besonderen zukommt. Denn wenn die Frau nicht durch Erziehung und Achtung dahin geführt wird, die Gefährtin des Mannes in allen Lebenslagen und gesellschaftlichen Stellungen zu werden, wird sie den Fortschritt von Kultur und Wissen nicht fördern können, sondern aufhalten. Die Wahrheit und die Überzeugungstreue muß allen gemeinsam sein, oder sie wird wirkungslos in ihrem Einfluß auf die Gesamtheit. Man kann von der Frau die Mitarbeit an kulturellen Bestrebungen fordern, wenn Freiheit, Gleichberechtigung und Achtung ihre Vernunft und ihren Kampfesgeist so kräftigt und erhebt, daß sie ihre Pflicht begreift! Ich ehre und achte den Mann, den Arbeitsgenossen, als Mitmenschen und Mitkämpfer, aber ich beuge mich nicht seinen Herrschergelüsten uns Frauen gegenüber, wohl aber beuge ich mich vor dem, dessen Geist meine Ehrerbietung fordert und der mir in gleicher menschlicher Achtung begegnet. — Es wird uns Frauen niemand die Vernunft abprechen wollen, wenn wir aber als vernünftige Wesen handeln sollen, dann darf man uns auch nicht wie Sklavinnen oder Hausierer behandeln. Gewiß ist die Frau für die Ideen des Klassenkampfes schwerer zugänglich als der Mann. Aber da der wirtschaftliche Kampf immer mehr und mehr auch die Frau zwingt, ihre Interessen gegenüber dem Kapitalismus zu wahren, um so mehr wird sie auch durch die unerlässliche Notwendigkeit gezwungen, sich an dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu beteiligen. Daß dies der Fall ist, beweist uns die Statistik der Verbände mit weiblichen Mitgliedern, wo deren Zahl von Jahr zu Jahr immer mehr steigt. Und ist die Frau erst für eine Idee gewonnen und begeistert, dann ist sie auch eine mutige und ausharrende Verteidigerin!

Darum, Arbeitsgenossen, behandelt uns mit Würde und Achtung, und ihr werdet in uns bewährte Mitkämpferinnen finden. Gebet uns an der Arbeitsstätte die Achtung, auf die wir als gleichberechtigte Arbeitsgenossinnen Anspruch machen dürfen, und wir werden in heiligster Solidarität fest zu euch stehen!

zugelegt, wodurch eine leichte Verbrennlichkeit des Papiers und das Wetterglimmen der Zigarette, wenn sie der Raucher aus dem Munde genommen hat, bewirkt wird. Ein feuerfestes Papier hingegen wird aus den Fasern des unverbrennlichen Mineralschluffs hergestellt und zu Theaterdekorationen, Tapeten und selbst Dokumenten, ferner auch für viele technische Zwecke, als Isoliermaterial an heißen Stellen usw. verwendet.

Das Papier, auf dessen Herstellung wohl die meiste Sorgfalt verwendet wird, ist das Banknotenpapier, das nicht nur sehr zähe, widerstandsfähig und dauerhaft sein muß, weil es im Verkehr sehr stark abgenutzt wird, sondern das auch durch seine Beschaffenheit möglichst große Sicherheit gegen Nachahmung und Verfälschung bieten bzw. nach Möglichkeit erschweren soll. Das Banknotenpapier aus bestem Habermaterial wurde bis zum Jahre 1878 ausschließlich durch Handarbeit hergestellt. Man machte jedoch die Erfahrung, daß gerade das handgeschöpfte Banknotenpapier Fälschern die Möglichkeit zu Nachahmungen bietet, weil ja allgemein die Herstellung handgeschöpften Wänttenpapiers viel einfacher und leichter ist und besonders nicht des großen, umständlichen und teuren Apparates wie das Maschinenpapier bedarf. Daher wird seit dem genannten Jahre in den meisten Staaten das Banknotenpapier jetzt ebenfalls auf maschinellem Wege hergestellt, während man das Papier gegen Nachahmungen und Fälschung dadurch zu schützen sucht, daß man ihm bei der Herstellung blaue und rötliche Färschen zusetzt, wie man sie an jeder Banknote konstatieren kann. Das Verfahren ist eine Erfindung des Amerikaner James Wilcox

Und dort, wo die Solidarität und wahre Menschenliebe den Kitt bildet, dort ist auch Selbstzucht und Disziplin zu finden. Nur wo das Streben nach Bildung und Verbodkommung eifrig am Werke ist, wo der Arbeiter sich selbst diszipliniert und eiserne Selbstzucht übt, kann er auf die rohen Massen veredelnd und kulturell wirken, und wenn die Erkenntnis der Selbstzucht in den Massen Platz gegriffen, dann werden ohne weiteres diese Massen als geeintes Ganzes auch den von ihnen selbst gewählten Führern in jeder Lage des Lebens folgen!

Emma M., Dresden.

Dienstbeschädigung und Reservisten.

Die in diesen Tagen zur Entlassung gekommenen Reservisten haben Anspruch auf „Militärrente“, wenn und solange ihre Erwerbsfähigkeit infolge einer Dienstbeschädigung aufgehoben oder um wenigstens 10 Prozent gemindert ist. Es kommt also nicht nur militärische Dienstunfähigkeit in Frage.

Bei der Beurteilung des Grades der Erwerbsunfähigkeit ist ebenso wie bei den zu einer Uebung eingezogenen Reservisten der vor der Einstellung in den Militärdienst ausgeübte Beruf zu berücksichtigen. Hat der Verletzte keinen besonderen Beruf ausgeübt, so erfolgt die Beurteilung nach der allgemeinen Erwerbsfähigkeit.

Als Dienstbeschädigung gelten Gesundheitsstörungen, die infolge einer Dienstverrichtung oder durch Unfall während der Ausübung des Dienstes eingetreten oder durch die dem Militärdienst „eigentümlichen Verhältnisse“ verursacht oder verschlimmert sind. Es ist also bei der „Militärrente“ nicht erforderlich, daß die Dienstbeschädigung auf einen Unfall zurückzuführen ist. Die dem Militärdienst „eigentümlichen Verhältnisse“, wie Bitterungseinflüsse (große Hitze oder Kälte, Durchnässungen usw.) können Krankheiten erzeugen, die zu Dienstbeschädigungen werden (Hitzschlag, Lungenentzündung). Auch Dienstbeschädigung durch außergewöhnliche Anstrengungen und durch Mißhandlungen begründen den Anspruch auf Militärrente, wenn die Erwerbsfähigkeit dadurch um wenigstens 10 Prozent beeinträchtigt wird.

Für vorfänglich herbeigeführte Gesundheitsstörungen gibt es keine Rente; dagegen sind auch solche Gesundheitsstörungen, die auf grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen sind, als Dienstbeschäd-

arbeitet, während auf den Philippinen aus der Waffafar des Manilahanfs das sehr zähe, feste Manilapapier, ein ebenfalls sehr geschätztes Packpapier, hergestellt wird. Auch die Zute, die aus Ostindien kommende wichtige Industrie- pflanze, die in der Textilindustrie eine große Rolle spielt und hier vornehmlich zu Saaleinwand und billigeren Läufern, Möbel-, Teppich- und selbst Kleidungsstoffen verarbeitet wird, liefert ein sehr gutes Packpapier, darunter das bekannte, auf der einen Seite weiße, der anderen blaue Zuckerpapier, für welchen Zweck die geringeren Teile der Pflanze, noch mehr aber die Abfälle aus den Spinnereien benutzt werden. Ein wichtiges und vielgebrauchtes Papier ist auch das Seidenpapier, das jedoch nicht etwa aus Seidenfasern hergestellt wird, sondern seinen Namen nur seinem annähernd seidartigen Aussehen und Raufchen verdankt; das Papier wird aus den Abfällen der Seilereien, Flach- und Hauffasern hergestellt, die eine lange dünne Faser ergeben, wie sie für Papier dieser Art notwendig ist. Das Seidenpapier ist außerordentlich dünn, hat nur eine Dicke von etwa 0,03 Millimeter und wird hauptsächlich als Einlage zwischen empfindlichen und daher zu schonende Gegenstände, Stoffe, Zeichnungen, Kunstblätter, auch zur Blumenverpackung und für ähnliche Zwecke verwendet; der Verbrauch in diesem Papier ist ein sehr bedeutender. Ähnlich nach Art, Herstellung und Eigenschaften ist auch das Zigarettenpapier, das sogar noch feiner wie das Seidenpapier und nur etwa 0,02 Millimeter stark und ungeliebt ist und sehr sorgfältig hergestellt wird; dem Papier wird etwas Magnesium-Karbonat

und wird von den meisten Staaten bei der Banknotenfabrikation, beispielsweise auch bei der Herstellung der deutschen, österreichischen und schweizerischen Banknoten angewandt. Die unbefugte Herstellung solchen Papiers, ohne die Fälschung sehr leicht erkennen zu lassen, dürfte kaum möglich sein; es ist zwar von Fälschern schon versucht worden, die eingearbeiteten blauen und roten Fasern des echten Banknotenpapiers durch Aufdruck blauer und roter Linien vorzutauschen, doch kann die Unechtheit dieser Linien und damit der so hergestellten „Banknoten“ schon von dem Laien konstatiert werden, so daß gegenwärtig die gefärbten eingearbeiteten Fasern eins der besten und sichersten Kennzeichen der echten Banknoten sind. Die Herstellung solchen Papiers wird von den Staatsdruckereien selbstverständlich streng geheim gehalten und ist überdies privaten Papierfabriken durch Gesetz verboten. Die italienische Regierung endlich hat, um den größten Schutz des Banknotenpapiers gegen Nachahmungen zu erreichen, angeregt, für die Herstellung von Papiergeld — Papyrus, jenen uralten Stoff, den schon vor Tausenden von Jahren Ägypter, Griechen und Römer aus dem Mark der Papyrusstaude herstellten und als Schreibstoff benutzten, zu verwenden. Die Herstellung des Papyrus soll für diesen Zweck ganz nach der Vorschrift, die uns die Schriftsteller des Altertums hierüber hinterlassen haben, geschehen und dem Staate vorbehalten sein. Solches Papier würde allerdings Fälschern die größten Schwierigkeiten bei ihren gemeingefährlichen Manipulationen bieten. Es bleibt abzuwarten, ob dieser beachtenswerte Vorschlag zur praktischen Verwirklichung gelangen wird.

gung anzusehen. Selbstmordversuch und dadurch verursachte Gesundheitsstörung gilt nicht als Dienstbeschädigung, es sei denn, daß der Selbstmordversuch begangen wurde in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit.

Die Höhe der Militärrente beträgt jährlich bei völliger Erwerbsunfähigkeit (Wollrente): Feldwebel 900 Mk.; Sergeanten 720 Mk.; Unteroffizier 600 Mk.; Gemeine 540 Mk.

Bei schwerer Gesundheitsstörung durch Dienstbeschädigung besteht unter Umständen neben dem Anspruch auf Rente ein Anspruch auf Verstümmelungszulage, die bei dem Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren monatlich je 27 Mk. und bei Verlust oder Erblindung beider Augen monatlich je 54 Mk. beträgt.

„Je 27 Mk.“ und „je 54 Mk.“ bedeutet, daß die Verstümmelungszulage auch mehrfach gefordert werden kann. Verliert ein Soldat durch Dienstbeschädigung z. B. eine Hand, einen Fuß und die Sprache, so hat er neben der Rente dreimal 27 Mk. Verstümmelungszulage pro Monat zu bekommen (Hand, Fuß, Sprache). Bei anderen schweren Gesundheitsstörungen kann eine Verstümmelungszulage gewährt werden.

Wann und wo ist der Anspruch auf Rente anzubringen? Als Regel stellt das Gesetz auf, daß der Anspruch vor der Entlassung angemeldet werden muß. Die Anmeldung des Rentenanspruches ist aber nach der Entlassung noch möglich, wenn die Erwerbsbeschränkung Folge einer Dienstbeschädigung ist und die Dienstbeschädigung vor der Entlassung festgestellt wurde. In diesem Falle kann der Anspruch auf Rente noch gemeldet werden bei Friedensdienstbeschädigungen bis zum Ablauf von zwei Jahren nach der Entlassung.

Die Bestimmung, daß die Dienstbeschädigung vor der Entlassung festgestellt sein muß, ist wichtig. Noch wichtiger aber ist für alle Reservisten und Soldaten, daß von dieser Bestimmung abgesehen werden kann, wenn der Nachweis erbracht wird, daß die Folgen einer Dienstbeschädigung erst nach der Entlassung bemerkbar geworden sind, oder daß der Verletzte von der Anmeldung seines Anspruches durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse abgehalten worden ist. In solchem Falle muß jedoch die Anmeldung des Anspruches bis zum Ablauf von drei Monaten erfolgt sein, nachdem die Folgen der Dienstbeschädigung bemerkbar geworden sind oder das Hindernis für die Anmeldung weggefallen ist.

Der Anspruch auf Rente ist vor der Entlassung beim Regiment, nach der Entlassung beim Bezirkskommando zu stellen. Gegen den ablehrenden Bescheid kann innerhalb drei Monaten nach Zustellung beim Generalkommando (Marine: Stationskommando) und gegen dessen Entschieden in derselben Frist beim Kriegsministerium (Marine: Reichs-Marineamt) Einspruch erhoben werden. An diese Beförden ist der Einspruch beim Bezirkskommando anzubringen, von wo er weitergegeben wird. Gegen die Entschiede des Kriegsministeriums und Reichs-Marineamtes gibt es keinen weiteren Einspruch, sondern gegen sie kann nur innerhalb von sechs Monaten der gerichtliche Klageweg beschritten werden, vorausgesetzt, daß es sich um Rechtsansprüche handelt. Für Unterstützungen, die gewährt werden können, ist der Rechtsweg ausgeschlossen. Wird gegen das Kriegsministerium geklagt, so ist nur das Landgericht, ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes, zuständig.

Beim Tode des Rentenempfängers bekommen die Witwe oder eheliche oder legitimierte Abkömmlinge für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate (Gnadenvierteljahr) noch diejenigen Versorgungsgebühren gezahlt, die dem Verstorbenen zu zahlen gewesen wären.

Wir begrüßen die vom Militär zurückkehrenden Kollegen und wünschen allen baldige Arbeitsgelegenheit. Sie werden erfahren, daß die gewerkschaftlichen Organisationen keine Gelegenheit verpassen, um für menschenwürdige Zustände und bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten. Die Behandlung, die den Reservisten während der Militärzeit zuteil wurde, erinnert von selbst daran, keinem Kriegerverein beizutreten. Gerade diese Kriegervereine tragen viel

dazu bei, daß hinter den Kasernenmauern die Soldaten wie Sklaven behandelt werden. Außerdem bieten diese Vereine an Unterstützungen ganz lächerlich geringe Summen. Was bedeutet die halbe Million Unterstüttung im Jahre 1911, die von den Kriegervereinen gezahlt wurde, gegenüber den 37 Millionen Unterstüttungen, die die freien Gewerkschaften 1912 zahlten? Unter diesen 37 Millionen sind 9 Millionen für Reise- und Arbeitslosenunterstüttung, 12 Millionen für Kranke und Invaliden, 2 Millionen für Umzugs-, Notfallunterstüttung und Sterbegeld und 14 Millionen für Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgegeben. Darum: Meidet die Kriegervereine und schließt euch eurer Gewerkschaft an! St. („Graph. Presse.“)

Korrespondenzen.

Braunschweig. Mitglieder-Versammlung am 27. September. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Warum ist es dringend notwendig, daß sich sämtliche Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes organisieren müssen“, sprach die Gauleiterin Kollegin Woske-Magdeburg. Die Rednerin wies in eingehender Weise nach, daß eine Besserung der traurigen Lage des Hilfs-personals nur durch die Organisation zu erwarten sei, denn vereinzelt sind wir nicht, vereint alles. Insbesondere müsse jedes Mitglied agitatorisch wirken und bei jeder sich bietenden Gelegenheit seinen indifferenten Mitarbeiter dahin aufzuklären suchen, wo er hingehöre, um sich bessere Lebensbedingungen zu erringen. Der anwesende Gauleiter, Kollege Sparthl-Hannover, forderte die Kolleginnen und Kollegen noch auf, recht lebhaft Hausagitation zu treiben und ging noch des näheren auf die augenblicklichen Hannoverischen Verhältnisse ein, indem auch dort mit allen feindlichen Mitteln, die aber wirkungslos sind, die Organisation zu schädigen versucht wird. Unter Verschiedenem finden noch einige innere Angelegenheiten ihre Erledigung. Ganz besonders sei noch darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 19. Oktober, unser diesjähriges 5. Stiftungsfest in den Gambriunushallen stattfindet. Wir bitten daher unsere Kolleginnen und Kollegen, an diesem Tage sich dessen zu erinnern, wozu sie moralisch verpflichtet sind und nicht, wie man selber schon so oft hat feststellen müssen, andere Veranigungen zu besuchen, sondern zu unserm Stiftungsfeste mit ihren Angehörigen und Gästen vollständig zu erscheinen. (Eingeg. 1. 10.)

Dresden. Mitglieder-Versammlung am 30. September. Kollege Paul Herrmann behandelte zum ersten Punkt der Tagesordnung in 14 stündigen Ausführungen die Neuerungen des Ortskrankentafelwesens, welche in Ausführung der Reichsversicherungsordnung vom 1. Januar 1914 ab in Kraft treten sollen. Besonders eingehend wurden von ihm einzelne Verbesserungen, desgleichen aber auch verschiedene Verschlechterungen kritisiert, die das neue System mit sich bringen werde, namentlich hinsichtlich der Zusammensetzung des Verwaltungskörpers. Der belehrende, instruktive Vortrag fand am Schluß allgemeinen Beifall und apfelte in dem Wunsche, daß sich alle Mitglieder und besonders die Kolleginnen am Wahlakte beteiligen sollten. In der Debatte schloß sich Kollege Franz Herrmann in längerer, ergänzender Rede den Ausführungen des Vorredners an und wies besonders darauf hin, daß die Zahl der Arbeitnehmer-Vertreter in der Verwaltung bedeutend eingeschränkt worden sei, weshalb gebieterisch das Eintreten aller überzeugter Arbeiter und Arbeiterinnen für unsere Liste gefordert werden müsse. Hierauf berichtete unter Verbands-Angelegenheiten Kollege Henker über diverse Feststellungen, die bei der gegenwärtig stattfindenden Mitgliederbücher-Kontrolle bisher gemacht worden sind. Da diese umfangreiche, konsequent durchzuführen Arbeit noch nicht beendet ist, soll bei späterer Gelegenheit ein endgültiger, statistischer bearbeiteter Bericht gegeben werden. Zum Schluß der am besuchten Versammlung machte der Vorsitzende noch auf den am 25. Oktober in den Blumenfälen anberaumten Tanzabend aufmerksam, wozu die Karten bereits im Bureau entnommen werden können. (Eingeg. 6. 10.)

Hannover. In der am 23. September stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt zunächst der Arbeitersekretär Mey einen sehr breiten Vortrag über die „Wolfsfürsorge“, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Kollege Sparthl machte die zum Militär einrückenden Kollegen darauf aufmerksam, daß sie ihre Mitgliederbücher in Ordnung zu bringen und im Bureau abzugeben haben, damit sie nach ihrer

Rückkehr wieder in ihre alten Rechte eintreten können. Nachdem noch auf das am 2. November in Nippels Gesellschaftshaus stattfindende Stiftungsfest aufmerksam gemacht wurde, schloß Kollege Hecht mit einer Aufforderung zur kräftigen Vorbereitung für unseren Verband die Versammlung. (Eingeg. 26. 9.)

Stuttgart. Mitglieder-Versammlung am 22. September. Der Vorsitzende widmete zunächst dem verstorbenen Arbeiterführer und Vorkämpfer der Arbeiterbewegung August Bebel einen warmempfundenen Nachruf. Auch das Ableben der Kollegin Karoline Josenhans wurde von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt. Unter geschäftlichen Mitteilungen lag ein Antrag der Ortsverwaltung auf Ausschuß des Mitgliedes Friederich Dehlye wegen Streifbuchs vor. Unläßlich der Aussperrung in Firma Bosch ist die Dehlye schon vor Aufhebung der Aussperrung wieder bei der Firma in Arbeit getreten. Auf Beschluß der letzten Mitgliederversammlung wurde diese Angelegenheit von der Verwaltung untersucht. Es fand auch eine Sitzung sämtlicher bei der Firma Bosch in Frage kommenden Verbände statt, welche sich mit der Streifbuchsfrage beschäftigte. Es wurde beschlossen, gegen alle Streifbucher einheitlich vorzugehen. In Konsequenz dieses Beschlusses ist die Dehlye nun ebenfalls auszuschließen. Die Versammlung beschloß ohne Debatte demgemäß. Hierauf hielt Kollege Werner einen kurzen Vortrag über das Thema: „Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung.“ Einleitend teilte Kollege Werner der Versammlung mit, daß dieses Thema auf Beschluß der Ortsverwaltung fortlaufend auf der Tagesordnung unserer Versammlungen sein wird. Es soll aber jedesmal ein anderer Kollege oder Kollegin dazu referieren. Durch die Besprechung der vielfältigen Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung soll unseren Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden, sich in die Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung zu vertiefen. Es dürfte mit der Zeit auf diese Weise eine gute Schulung der Mitglieder erreicht werden. Zum Thema übergehend behandelte nun der Referent die Vorgänge auf den Schiffswerken in ausführlicher Weise. Ebenso wurde der vor kurzem erfolgte Neuaufschluß des Chemiarbeitervereins mit seinen bis jetzt erfolgten Bekehrungen besprochen. Ein näheres Eingehen an dieser Stelle erübrigt sich, da die „Solidarität“ ebenfalls darüber berichtete. Erwähnung fanden noch der Konflikt im Tarifamt für das Baugewerbe und der Streik der Handschuhmacherinnen in Johannsgeorgenstadt. Die Versammlungen folgten mit sichtlichem Interesse den Ausführungen und es ist zu hoffen, daß sich die Erwartungen, die an die Einführung dieser Vorträge gestellt wurden, erfüllen werden. Eine Diskussion fand nicht statt. Den Quartalsbericht erstattete Kollegin Maurer. Die Einnahme an Eintrittsgeldern war 970 Mk., an Beiträgen 1959 Mk. An die Hauptkasse sind 363,53 Mk. gesandt worden. Die Ausgaben betragen für Arbeitslosenunterstützung 83,40 Mk., Krankenunterstützung 349,55 Mk., Wöchnerinnenunterstützung 70.— Mk., Streifenunterstützung 58,30 Mk. Kollege Knaus als Revisor befandete die ordnungsgemäße Abrechnung. Unter Verschiedenem wies der Vorsitzende noch auf die kommenden Ausschuhwahlen zu den Krankentafeln hin. Um über die Wichtigkeit dieser Wahlen in der Kollegschaft Aufklärung zu schaffen, sollen in nächster Zeit Geschäftsversammlungen stattfinden. Nachdem noch einige weitere interne Angelegenheiten erledigt waren, fand die Versammlung ihren Schluß. (Eingeg. 2. 10.)

Briefkasten.

M. B., Meise. Da dem Bericht aus D. jeder Inhalt fehlt, mußte Ablehnung erfolgen. — M. K., Frankfurt. Nächste Nummer. — M. J. und G. J., Berlin. Da sich außer einer Mitgliederversammlung auch die Vertrauensleute mit der Angelegenheit beschäftigen werden, kommen wir später darauf zurück. — Hamburg und Zwickau. Berichte in nächster Nummer.

Adressenveränderungen.

Halle a. S.
Vorsitzender: Paul Scheide, Eichendorfsstraße 17 II.

Abrechnungen.

Das dritte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Gau 4: Regensburg 57,41 Mk.

Gau 5: Jittau 69,88 Mk.

Gau 9: Bielefeld 32,84 Mk.

S. Loda H.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 41.

Berlin, den 11. Oktober 1913.

19. Jahrgang.

Berufsgefahren.

III.

Die Neigung der Berufsgenossenschaft, bei den Rentenfestsetzungen usw. lediglich die Interessen der Unternehmer zu wahren, findet ihren äußerlich sichtbaren Ausdruck in dem Bestreben, nach Möglichkeit auf die auszuwerfende Unfallrente zu drücken, die Verfehlungen der Unternehmer gegen die erlassenen Vorschriften aber in der denkbar mildesten Form zu rügen und vor allem darin, bei der Unfalluntersuchung die Schuldfragen möglichst zu Ungunsten des Verletzten zu beantworten zu suchen. Das sind zwar viele Beschuldigungen gegen die Haltung der Berufsgenossenschaft auf einmal, sie sind aber sämtlich mit guten Beweisen zu belegen, wie sich noch zeigen wird. Obwohl z. B. die von den Beamten der Berufsgenossenschaft gemachten Anordnungen fast durchgängig nicht beachtet werden — wie der Befund der 174 wiederbeschäftigten Betriebe gezeigt hat — konnte sich der Genossenschaftsvorstand im letzten Geschäftsjahr doch nur dazu aufschwingen, sieben Betriebsunternehmer mit Strafen in Höhe von 10 bis 300 M. zu belegen und zwar nicht einmal alle sieben wegen Nichtausführung der erlassenen Vorschriften oder wegen Nichtbeachtung der von den technischen Ausschichtsbeamten für notwendig gehaltenen Anordnungen, sondern es befanden sich unter den sieben auch noch Bestrafungen wegen unterlassener Einsegnung von eingeforderten Lohnnachweisungen, wegen verspäteter Betriebsanmeldung, Nichtanmeldung eines Unfalles und wegen unrichtiger Lohnangabe. Die riesige Zahl der Verfehlungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften blieb unbestraft, in der Mehrzahl der Fälle wahrscheinlich sogar ungerügt! Demgegenüber bot die Bestrafung der Versicherten ein „günstigeres“ Bild: Elf von diesen mußten je 1 bis 6 M. Strafe bezahlen, „weil ihnen durch die Unfallverhandlung eine absichtliche Entfernung von Schutzvorkehrungen bezw. andere Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften nachgewiesen werden konnten.“ Diese Strafen sind von den Vorständen der zuständigen Krankenkassen verhängt worden.) Daß die Arbeiter diese Verfehlungen gegen die Maßnahmen zu ihrem eigenen Schutze in der Mehrzahl der Fälle, wenn nicht überhaupt, nicht als Langeweile begingen, sondern daß sie in der Regel durch Betriebsrichtungen provoziert, vielleicht gar bedingt werden, das kümmert die hochwohlweisen Herren nicht. Sie prüfen ja nicht die Motive, sondern sie halten sich an die Tatsachen.

An welchen Maschinen unserer Betriebsstätten ereigneten sich denn nun eigentlich die Unfälle? Das ist eine Frage, deren Antwort für uns nun so interessanter sein muß, weil ja durch die Berichte der Berufsgenossenschaft uns ein einigermaßen zutreffendes Bild von den Unfallquellen gegeben wird. Daß wir uns bei der Beantwortung dieser Frage nur an diese Berichte halten können, ist eigentlich recht bedauerlich, denn es gibt heute nicht mehr viele Betriebe unserer Branche, in denen unser Verband nicht vertreten ist. Da läge nun nichts näher als die Annahme, daß uns unsere Mitglieder auch von den Betriebsunfällen sofort unterrichten und auch zugleich die Ursachen der Unfälle in wahrheitsgetreuer Weise schildern würden. Es scheint uns so, als wenn dann die von der Berufsgenossenschaft angegebenen Unfallursachen manche Korrektur erfahren müßten, denn bei diesen ist das Bestreben zu offensichtlich, soviel als nur irgend möglich die Arbeiter als die Schuldigen hinzustellen. Doch davon in unserm Schlussartikeln.

Durch Steindruck, Lichtdruck, Zinkdruck- und Kupferdruckpressen entstanden 202 Unfälle, davon waren 42 schwererer Natur. Auf die Schnellpressen entfielen davon

155 (35 schwere). Diese Unfälle entstanden durch den Druckzylinder beim Herausholen hängengebliebener Bogen, beim Ordnen der Zeitschnüre usw. in 11 schweren Fällen; durch den Greifer in 21 (4 schweren); durch Zahnstangen oder belebte Walzenlaufleisten beim unbedachten Hineingreifen oder Aufstücken über die Enden der Karrenrand-Abdeckplatten hinweg in 26 (6); durch Karren oder Feuchttisch beim Erhaschen eines Bogens in 16 (4); durch Farb- oder Feuchtwalzen beim Wischen und sonstigen Hantierungen in 23 (4); durch Karren oder sonstige Teile beim Heruntergreifen unter die Presse in 7 (1); durch Zahnräder gelegentlich des Fußens während des Ganges der Maschinen in 7 (1); durch bewegte Teile des Wasserwerks in 3; aus sonstiger Veranlassung und durch andere als die vorgenannten Maschinenteile in 44 (4) Fällen. Jugendliche Personen sind an den durch Schnellpressen verursachten Unfällen 27 mal beteiligt, darunter 6 schweren. Als Erläuterung sagt der Bericht der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft zu allen diesen Unfällen: „Sehr viele Unfälle wurden wieder durch Hantierungen verursacht, die unvorsichtigerweise bei gehender Maschine vorgenommen wurden, obwohl sie hätten unterlassen werden können und die häufig sogar gegen die Unfallverhütungsvorschriften verstoßen. Mehrere Unfälle wurden wieder dadurch herbeigeführt, daß bei regelrechtem Arbeiten Füße auf oder in die Seitenteile von Schnellpressen gestellt und von bewegten Maschinenteilen verletzt worden sind. Durch entsprechend angebrachte Abschütlungen lassen sich derartige Unfälle vermeiden. Ueber Zahnstangen angebrachte Schutzmaßnahmen müssen so angebracht sein, daß aufgelegte Hände oder umgreifende Finger nicht in Gefahr geraten. Endlich müssen in den Betrieben die Ausridvorrückungen und ihre Sicherungen ständig auf ihre gute Brauchbarkeit geprüft und an ihre Benutzung von Zeit zu Zeit erinnert werden. Auch die genauere Befolgung der Vorschrift, daß vor jedem Einrücken der Presse ein lauter Warnungsruf zu geben ist, kann zur Verringerung vermeidbarer Unfälle beitragen. Das Anlassen der Maschine sollte dann erst vorgenommen werden, wenn vom Mitarbeiter ein entsprechender Ausruf gegeben worden ist. Ständig muß darauf hingewiesen werden, daß nicht gebuldet werden darf, daß von den Arbeitern irgendwelche Gegenstände immer- oder unterhalb der Maschine aufbewahrt werden. Bei den Besichtigungen werden an diesem Ort Flaschen, Krampen, alte Wiedhagelbe, Putzlappen oder Papierabfälle nebst ihren Behältern, selbst Stiefel und andere Kleidungsstücke u. a. m. vorgefunden. Jedes Jahr werden durch diese Unsitte viele Unfälle veranlaßt. Der Todesfall, der in dieser Gruppe zu verzeichnen ist, wurde dadurch herbeigeführt, daß ein Maschinenmeister den entfallenen Feuchtschwamm beim Gange der Maschine herauslangen wollte und dabei mit dem Kopfe zwischen Seitenwand und Steinrahmen der Schnellpresse geriet.“

An Hand- und Tritthebelpressen wurden 33 Unfälle angemeldet, von denen nur männliche Personen betroffen wurden, darunter waren allerdings 16 jugendliche. In 4 Fällen verursachten die Kurbeln der Handpressen den Unfall, in 6 der Handhebel, in einem der Tritthebel, in 11 der Karren oder das Seitengestell und in 11 weiteren Fällen sonstige Maschinenteile. An den Handpressen erfolgten 29, an den Tritthebel- und Kupferdruckpressen je 2 Unfälle. — An sonstigen Pressen für Steindruck wurden 14 Unfälle angemeldet, darunter 4 schwere. Betroffen wurden 8 männliche und 3 weibliche Personen. An Zinkdruckrotationsmaschinen passierten 6, an Steindruckrotationsmaschinen einer, an Lohnrotationspressen 5, sowie je einer an einer Offsetpresse und an einer Negotint-

druckmaschine. Die Unfälle entstanden durch Zahnräder in 2, durch Walzen in einem, durch die Druckfläche in 5 und durch sonstige Maschinenteile in 6 Fällen.

An Buchdruckpressen wurden 261 Unfälle angemeldet, darunter 64 schwere. Auf Schnell- und Fohndertretpressen entfielen davon 68 (10 schwere). Betroffen wurden 45 männliche und 23 weibliche Personen, darunter je 7 jugendliche. Die Unfälle entstanden zwischen Druckzylinder und Schriftsatz oder zwischen jenem und der Ablege-(Band-)Walze in 9 Fällen (3 schweren); durch den Greifer in 3; durch den Karren bezw. dessen Zahnstange in 5; zwischen Farbwalzen und Schriftsatz in 20 (5 schweren); durch Zahnräder in 11; durch die Zugstange vom Karren in 2 (ein schwerer) und durch sonstige bewegte Teile und aus verschiedenen sonstigen Veranlassungen heraus in 18 (ein schwerer) Fällen. Ein großer Teil dieser Unfälle entstand durch das Nachgreifen oder Reinigen während des Ganges der Maschine, sowie durch das Herauslösen von unter der Maschine aufbewahrten Gegenständen oder durch das Ingaugesehen der Maschine, ohne Warnungsrufe zu geben. Das Herunterdrücken von Spießen beim Gange der Maschine war in drei Fällen (darunter einen schweren) die Unfallursache. In einem schweren Falle blieb ein Maschinenmeister mit dem Trauring hängen, als er ein Stückchen Papier während des Ganges der Maschine von den Walzen entfernen wollte, wobei er zwischen Saß und Walzen geriet. — An Tiegeldruckpressen wurden 70 Unfälle gemeldet, davon 48 schwere. Betroffen wurden 46 männliche (22 schwer) und 124 weibliche (26 schwer) Personen. Jugendliche Personen wurden in 31 Fällen verletzt, davon in 11 Fällen schwer. Diese Unfälle entstanden zwischen Tiegel und Schriftsatz insolge Nachgreifens in 102 (37); zwischen seitlich liegender Lenkstange und den unmittelbar hinter dieser liegenden Zahnrädern, bezw. dem hier auf- und absteigenden Farbwerk in 6 (2); durch Zahnräder in 6 (4); durch Walzen in 17; durch Hineingeraten zwischen Aufgesetztem und Tiegel bezw. der daran befestigten Händeschubvorrichtung (1) in 7 (1); durch das linke Tiegelschaufelstück beim Betätigen des Walzenstufabstellers in 3; durch die Tiegelschaufelkurve beim Druckstellen u. dergl. in 10 (2); durch sonstige Teile und aus anderen Veranlassungen heraus, z. B. Unterziehen des Fußes unter den Tritt oder Ausgleiten des Fußes auf dem Tritt unter die feste Traverse des Gestells in 22 (2) Fällen. Auf Minerva-pressen entfielen von allen diesen Unfällen 10 (davon 5 schwere) und auf Herkulespressen 4 (davon 2 schwere). Zu diesen Unfällen bemerkt der Bericht: „In manchen Maschinen sind Händeschubvorrichtungen angebracht, die ihren Zweck wenig erfüllen; auch fehlen oft an den seitlichen Zugstangen vom Tiegel Sicherungen, um Verletzungen zwischen Walzenwagen und Zugstangen zu verhindern. Oft sind die Griffe vom Walzenstuhl- und vom Druckabsteller nicht richtig ausgeführt. Ferner lassen die Einrückersicherungen, die bei Einrichtungsarbeiten ein unbeabsichtigtes Angreifen der Maschinen verhindern sollen, vielfach zu wünschenswerten übrig.“

An sonstigen Pressen für Buchdruck sind 23 Unfälle zu verzeichnen, darunter 6 schwere. Betroffen wurden 16 männliche und 7 weibliche Personen, darunter 10 jugendliche. Diese Unfälle ereigneten sich an Rotationsmaschinen in 9 (1 schwerer); an Walzendruckmaschinen in 11 (5); an Harrispressen in 2 und an Koppdruck- und Paginiermaschinen 1 Fall. Verursacht wurden sie durch die Walzen in 17 (4), durch Zahnräder in 2 (1) und durch die Druckform oder sonstige Teile in 4 (1) Fällen.

An Steinschleifmaschinen kamen 8 männliche Personen zu Schaden, in 4 Fällen schwer. In einem der letzteren ist ebenfalls das

Unterbringen von Gegenständen in die Maschine die indirekte Ursache des Unfalles, indem — wie der Bericht sagt — ein Steinschleifer während des Ganges der Maschine, trotzdem der Schleiftisch auf ihn zukam, im Fundament der Maschine aufbewahrte Rutzvolle herauslangen wollte. Sein Arm geriet dabei zwischen Tisch und Fundament. Der Bericht empfiehlt zur Verhinderung derartiger Veranlassungen, die Vertiefungen des Fundaments an den beiden Enden der Maschine so mit Brettern abzudecken, daß der hin- und hergehende Schleiftisch glatt über diese Abdeckung hinweggeht. — Durch Lacier-, Gummi- und Bronzermaschinen wurden 56 mal Verletzungen verursacht, davon 11 schwer. Betroffen wurden 17 männliche und 39 weibliche Personen, darunter waren 13 jugendliche. Auf Laciermaschinen entfielen 15, auf Gummiermaschinen 8, auf Bronzermaschinen 23 (8 schwere) und auf Fudermaschinen 10 (3 schwere) Unfälle. Diese entstanden durch den Greifer und zwar beim Reinigen in 3 (2), beim Anlegen in 10 (4) und beim Abnehmen (an der Bronzermaschine) in 12 (3) Fällen, durch Walzen in 20, durch Zahnräder in 4 (1) und durch sonstige Teile wie Erztenter, Schwungrad usw. in 7 (1) Fällen. — An Maschinen zum Gfätten und Prägen wurden 188 Unfälle verzeichnet, darunter 54 schwere, an Kalandern und Satinierwalzwerken 22, davon 9 schwer. Auf Kalandern entfielen 16 (5 schwer), auf Satinierwalzen 6 (3 schwer). Veranlassung waren die Walzen in 20 (8), Zahnräder in 1 (1) und sonstige Teile in 1 Fall. Diese Unfälle ereigneten sich sämtlich während des Ganges der Maschinen und zwar beim Putzen oder Schmieren in 7 (4), beim Einführen des Papiers in 1 (1) und bei sonstigen Handlungen in 14 (4) Fällen. — An Tapetendruckmaschinen wurden 23 männliche Personen verletzt und zwar 5 davon schwer. Hier entstanden die Unfälle zwischen Druckzylinder und Druck- bzw. Farbwalzen in 12 (3), durch nicht genügend geschützte Zahnräder in 11 (2) Fällen. In den letzteren Fällen sind nicht nur die Rapporträder, sondern auch die Kammräder der in den auf der hinteren Seite befindlichen Farbkästen liegenden Walzen die Ursachen. — Schleifmaschinen und Schleifapparate verursachten 15 Unfälle, davon einen schweren.

Mit dieser Liste wollen wir uns bescheiden, nehmen wir doch an, daß sie gerade lang genug ist, um uns zu bestimmen, mit aller Kraft auf eine mögliche Beseitigung der Unfallgefahren in unserm Berufe hinzuwirken. Dazu ist natürlich in erster Linie notwendig, daß wir auch die Unfallursachen kennen lernen, die in der Hauptsache die Schuld an den zerquetschten und zerschmetterten und zerrissenen Gliedern unserer verunglückten Kollegen und Kolleginnen tragen. Da sind denn auch die von der Berufsgenossenschaft ermittelten Ursachen riesig interessant, stehen sie doch mit den anderen Ermittlungen und Feststellungen derselben Berufsgenossenschaft in direktem Widerspruch. Von den 578 entschädigungspflichtigen Unfällen — die Ursachen der übrigen werden leider nicht angegeben — sollen entstanden sein durch die Schuld der Mitarbeiter 11, durch die Gefährlichkeit des Betriebs an sich 1, durch mangelhafte Betriebsrichtungen 9, durch ungenügende Anweisung 7, durch Fehlen von Schutzvorrichtungen 93, durch Nichtbeachtung gebotener, d. h. vorhandener Schutzmittel durch die Arbeiter 22, durch Handeln entgegen erhaltener Anweisung 93, durch offenbaren Leichtsin 13, durch Ungeschicklichkeit oder Unachtsamkeit 99, durch Unkenntnis der Gefahr 1, durch zusammenwirkende Ursachen 23 und durch Zufälligkeiten oder nicht zu ermittelnde Ursachen 206. Diese Gruppierung der Unfallursachen ist einfach klassisch: Der fünfte Teil fällt nach ihr den Unternehmern zur Last, zwei Fünftel den Arbeitern und die übrigen zwei Fünftel sollen schwer vermeidbar sein. Weiter oben haben wir schon darauf hingewiesen, welche Motive bei dieser Gruppierung ausschlaggebend gewesen sind. Man sollte meinen, daß derartige, mit den tatsächlichen Verhältnissen in offensichtlichem Widerspruch stehende Behauptungen gar nicht aufgestellt werden könnten. Man halte doch dem nur einmal die bei den Betriebsbesichti-

gungen vorgefundenen Mängel gegenüber, die fast durchgängig zu Lasten der Unternehmer gehen. Und trotzdem sollen diese nur knapp den fünften Teil der Unfälle verschuldet haben! Aber aber wie wir der Sache auf den Grund gehen, der wird durch solche Tendenz nur von einem berechtigten Zweifel über die Objektivität und Zuverlässigkeit dieser Angaben der Berufsgenossenschaft erfüllt, was ganz gewiß nicht zur Erhöhung des Ansehens dieser Unternehmereinrichtung beiträgt.

Rundschau.

Der Arbeitsmarkt im Monat August hat sich gegen den Vormonat in den meisten Gewerbe-zweigen wenig geändert, gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres aber überall verschlechtert. Die dem „Reichsarbeitsblatt“ zugegangenen Berichte vom Braunkohlenmarkt in Ober- und Niederschlesien melden einen guten Geschäftsgang, der wohl mit der in dieser Jahreszeit beginnenden größeren Nachfrage an Brennmaterialien für den Winter zusammenhängt. Der Eisenbergbau und die elektrische Industrie waren gleichfalls gut beschäftigt. Andere industrielle Firmen und Verbände berichten von einer weiteren Abschwächung. Erhebliche Verschlechterungen erlitten die Holzindustrie, die Baumwollspinnereien und Webereien, auch das Baugewerbe war ungenügend beschäftigt. Im graphischen Gewerbe ist ebenfalls keine Besserung eingetreten.

In den Druckereien Leipzigs war die Beschäftigung immer noch sehr schwach, sie wurde erst gegen Ende des Monats etwas besser, doch war sie im Vergleich zum Vormonat erheblich schlechter. Das Angebot von Arbeitskräften war außergewöhnlich hoch. Nur in einzelnen Betrieben wurde mit Ueberflüssen gearbeitet. Nach einem Bericht aus Süddeutschland war der Beschäftigungsgrad dort gut; in den norddeutschen (Berliner) Druckereien hat die Geschäftslage sich noch weiter abgeschwächt und wird allgemein als ungünstig angesehen. Die Zahl der Beschäftigten ist gegen den Vormonat abermals erheblich.

Trotzdem die Papierfabriken melden, daß ausreichende Beschäftigung vorlag, mußte doch mancher Betrieb an einigen Tagen stillgelegt werden. Jedenfalls zeigte sich eine Verschlechterung gegen Vormonat und Vorjahr. Die Fabriken für Zeitungsdruckpapier hatten schlechten Geschäftsgang.

Nach den Ausweisen der an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Krankenkassen erfuhr der gewerbliche Arbeitsmarkt in dem letzten Monat eine geringe Belebung, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Beschäftigtenzahl bei den männlichen Personen um 5447, bei den weiblichen um 11 064 gestiegen ist. Die Zuwachsbewegung, die gewöhnlich im Laufe des August eintritt, pflegt, war aber im vorigen Jahre erheblich stärker. Die Steigerung der Mitgliederzahl entfiel mit Ausnahme der Betriebskrankenkassen, die einen Rückgang der weiblichen Mitglieder aufweisen, auf sämtliche Klassenarten (Orts-, Gemeinde-, Innungs- und andere Klassen, Betriebskrankenkassen). Gegenüber dem Vormonat ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Bestand vom 1. Januar 1913 gleich 100 setzt, bei dem männlichen Geschlechte gleich geblieben (103), bei dem weiblichen hat er sich (von 99 auf 100) ein wenig verbessert.

Einen kleinen Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat zeigen die Arbeitslosenziffern, die 48 Fachverbände mit 1978 011 Personen für den Monat August berichteten. Von diesen Mitgliedern waren am Ende des Monats 28 v. H. gegen 2,9 v. H. im Vormonat arbeitslos. Gegenüber den Arbeitslosenziffern des August 1912 mit 1,7 v. H. und des Juli 1912 mit 1,8 v. H. zeigen die Verhältnisziffern der beiden letzten Monate eine ziemlich beträchtliche Erhöhung.

In unserem Verband ist die Arbeitslosigkeit allerdings etwas gestiegen. Wir zählten im August 15 638 Mitglieder, von denen 396 arbeitslos waren. Auf 100 Mitglieder kamen also 2,6 Arbeitslose gegen 2,5 im Vormonat und 2,3 im August 1912.

Die Lage hat sich gegen beide Verlaufsmonate besonders verschlechtert bei den Kolleginnen der Arbeitsnachweise hervor. Es wurden 696 Stellen vermittelt. Auf 100 offene Stellen kamen 122 Arbeitsgesuche, im Vormonat jedoch nur 104 und im August des Vorjahres sogar nur 102.

Bei der Gesamtzahl der Arbeitsnachweise standen im Berichtsmontat 100 offenen Stellen bei

den männlichen Personen 173 Arbeitsuchende gegen 171 im Vormonat und 146 im August 1912 gegenüber. Bei den weiblichen Personen fiel die Zahl der Arbeitsuchenden von 103 im Vormonat auf 101 im Berichtsmontat, blieb aber mit dieser Ziffer hinter der des August 1912 (92 v. H.) erheblich zurück. Ein Nachlassen des Andranges auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt pflegt alljährlich im Laufe des August einzutreten. In diesem Jahre ist es überaus gering und scheint, im Zusammenhang mit den Ziffern des Beschäftigungsgrades und der Arbeitslosigkeit für Ende August betrachtet, eine Besserung der Lage des Arbeitsmarkts nicht oder in kaum nennenswertem Umfang zur Folge gehabt zu haben.

Die Lebensmittelpreise sind im Monat August um ein geringes zurückgegangen. Der durchschnittliche Reichsindex wurde für den Berichtsmontat auf 25,33 Mt. berechnet gegen 25,88 Mt. im Juli. Die geringe Ermäßigung fällt aber gegen die scharfe Anwärtsbewegung im vorhergehenden Monat kaum ins Gewicht. Am teuersten war der Lebensunterhalt in Konstanz. Die Kosten für den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand betragen dort 28,74 Mt. Sehr hoch waren sie auch in Köln und Metz, wo sie sich auf 28,65 resp. 28,33 Mt. beliefen. Die billigste Stadt war wieder Bregenz; dort betrug die Indexziffer 22,26 Mt. Aus den von Calmer herausgegebenen monatlichen Uebersichten über Lebensmittelpreise seien noch von den verschiedenen Nahrungsmitteln die Preise für Sammelfleisch und Speisebohnen einer näheren Betrachtung unterzogen. Für 1 Kilogramm Sammelfleisch wurde in Mülhausen i. E. 2,24 Mt. bezahlt. In Buer i. W. kostete es dagegen nur 1,40 Mt., was den niedrigsten Preis unter allen Orten bedeutet. Der Höchstpreis für Speisebohnen ergab sich für Stendal, dort stellte sich 1 Kilogramm auf 0,64 Mt. In Allenstein und Mannheim wurden nur 0,32 Mt. gezahlt.

Warnung vor Auswanderung nach Argentinien. Aus Buenos-Aires berichtet uns ein Freund der Arbeiterbewegung, daß in Argentinien die Arbeitslosigkeit einen riesigen Umfang erreicht hat. In Buenos-Aires sind 80 000 Menschen arbeitslos. Kürzlich ist ein Arbeitsamt gegründet worden, das unentgeltlich Arbeit vermittelt. Dieses Amt ist aber nicht imstande, zu helfen, da die Arbeitsuchenden nicht die Mittel haben, um die Reise weit nach dem Innern des Landes, wo Arbeiter verlangt werden, bezahlen zu können. Das Amt selbst besitzt auch keine Mittel hierzu. Im August fanden Arbeitslosen-Versammlungen statt, die der Bevölkerung und der Regierung den Ernst der Lage vor Augen führten. An eine Verminderung der Arbeitslosigkeit ist vorläufig nicht zu denken. Zu den bereits vorhandenen vielen Arbeitslosen kommen täglich aus allen Teilen Europas neue an. Ganze Familien irren bei der zurzeit herrschenden Kälte obdachlos, hungrig und frierend in den Straßen umher. Schiffahrtsgesellschaften machen durch gewissenlose Agenten Klammern für die Auswanderung nach Argentinien. Ihnen ist es nur um die Ueberfahrtsgebühren zu tun. Driben kümmert sich niemand um die Gepfakten. Jede Woche kommen zwei große deutsche Dampfer mit Auswanderern in Buenos-Aires an, mit zahlreichen deutschen Arbeitern und Handwerklern. Die Mehrzahl der Einwanderer kommt allerdings aus den romanischen und slavischen Ländern. Jeder deutsche Arbeiter wird wohl beurteilen können, was es heißt, neben solchen Konkurrenten seine Arbeitskraft an den Mann zu bringen. Die Löhne sind durch die Massenangebote ungläublich gedrückt, dabei ist der Lebensunterhalt so teuer wie sonst nirgend.

Gewerkschaftliche Organisationen bestehen zwar, doch sind sie bei dem fortwährenden Zustrom aus allen Ländern nicht imstande, Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu erlangen. Die Organisierung der Einwanderer ist schwer, weil sie der Landessprache nicht mächtig sind. Zugewanderte müssen außerdem gewärtig sein, auszuweisen resp. zwangsweise zurückgeschickt zu werden, auf Grund eines vor drei Jahren geschaffenen Gesetzes. Das Glend ist zurzeit riesengroß unter den Arbeitslosen. Deshalb stollegen sehr Euch vor, wandert nicht nach Argentinien aus!

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Wie das kgl. Bayerische Kriegsministerium der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 mitteilt, wird sich das Topographische Bureau des kgl. Bayerischen Generalstabs an der Buchgewerbe-Ausstellung beteiligen und wertvolles Material der Sondergruppe „Schule und Buchgewerbe“ zur Verfügung stellen.